lagernden und durchbrechenden Trennungs- und Verbindungslinien der Parteien-, Kirchen- und Wirtschaftslandschaft deutlich herausgearbeitet. Die Befreiungsorganisation SWAPO wird - wie das Ergebnis der Novemberwahlen 1989 gezeigt hat, korrekt - als zwar maßgebliche, aber nicht alleinige Vertreterin des namibischen Volkes dargestellt.
Der zweite Hauptteil (S. 69-108) ist der 1977 hoffnungsvoll begonnenen, aber bald durch südafrikanischen Widerstand versandenden Initiative der "Kontaktgruppe" (damalige westliche Mitglieder des VN-Sicherheitsrats einschließlich Bundesrepublik Deutschland) gewidmet. Am Ende wird dabei auch die schließlich erfolgreiche alleinige Verhandlungsinitiative der USA mit dem Afrikabeauftragten Chester Crocker als Hauptperson abgehandelt.
Den größten Umfang (S. 109-260) aber nimmt naturgemäß das Hauptthema "Die Bundesrepublik Deutschland und die Namibia-Frage" ein. Hier werden die Politik der Bundesregierung, die Behandlung der Frage im Bundestag und die Haltung der Parteien (und ihrer Stiftungen), der Kirchen (besonders der Evangelischen) und gesellschaftlicher Organisationen (nicht zuletzt Gewerkschaften und Unternehmer) in Kontinuität und Wandel gründlich untersucht und klar herausgearbeitet. Deutlich wird hierbei der quer durch fast alle Gruppierungen (nur die CSU mit ihrer durch F. J. Strauß bestimmten rein pro-südafrikanischen Haltung macht hier eine Ausnahme) verlaufende Zielkonflikt zwischen grundsätzlicher Ablehnung der Apartheid einerseits und Rücksichtnahme auf Wirtschaftsinteressen in Südafrika und die Haltung der deutschsprachigen Südwester andererseits herausgearbeitet. Hieraus folgte auch die oft ambivalente deutsche Haltung zur SWAPO einerseits und zu den von Südafrika favorisierten "internen Parteien" (vor allem der DTA) andererseits, die Regierung, Parteien und Kirchen mehrfach an den Rand internationaler Isolierung führte.
Das abschließende Resümee (S. 261-283) ist der einzige Teil des Buches, der von den Ereignissen überholt worden ist.
Dem Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gebührt Dank und Anerkennung dafür, daß es dieses wichtige und interessante Werk der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat.

Karl Leuteritz

Dieter Blumenwitz
Gutachten zum SWAPO-Verfassungsentwurf
Institut für Afrikanische und Internationale Studien (IAIS-Studie V / Okt. 1989), München, 1989, 62 S.

Die Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung im November 1989 hat die letzte Phase des Unabhängigkeitsprozesses für Namibia eingeleitet. Mit 41 von 72 Sitzen hat die

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1990-3-361, am 12.10.2024, 05:22:34
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

SWAPO, die Südwestafrikanische Volksorganisation für die Befreiung Namibias, zwar die absolute Mehrheit erreicht, nicht aber die Zweidrittelmehrheit, die für die Verabschiedung einer Verfassung vorgesehen ist. Wichtigste Gegenkraft ist die südafrikafreundliche Demokratische Turnhallenallianz (DTA), die über 21 Parlamentssitze verfügt. Die beiden Parteien haben ihre unterschiedlichen Vorstellungen über das künftige Staatssystem jeweils in eigenen Verfassungsentwürfen zum Ausdruck gebracht. Die SWAPO hat ihren Entwurf bereits vor den Wahlen im letzten Jahr veröffentlicht.

Diesen Entwurf analysiert Blumenwitz in seinem vorliegenden Gutachten. Dabei nähert er sich dem Verfassungsentwurf aus der Sicht des Völkerrechtlers. Der Analyse vorangestellt ist ein kurzer Überblick über die staats- und völkerrechtliche Ausgangslage. Im Hauptteil der Arbeit widmet sich Blumenwitz nacheinander der Präambel, der internationalen Standortbestimmung, den Fragen des Selbstbestimmungsrechts und des Minderheitenschutzes, dem Grundrechtsschutz und der Wirtschaftsverfassung. Probleme des Staatsgebietes und der Staatensukzession werden dabei ebenso behandelt wie der völkerrechtliche Eigentumsschutz. Das Gutachten schließt mit dem eigentlichen Staatsorganisationsrecht.

Die Darstellung wird dadurch anschaulich, daß Blumenwitz eine Reihe von Bezügen herstellt. So wird der Verfassungsentwurf an den Vorgaben der westlichen Kontaktgruppe für Namibia gemessen. Die Konzeption des Minderheitenschutzes in der Bundesrepublik wird ebenso zum Vergleich herangezogen (S. 31) wie das (frühere?) Menschenrechtsverständnis in den Staaten des Ostblocks (S. 34 ff.). Ansätze zu einer möglichen Verfassungspraxis versucht Blumenwitz aus dem "SWAPO Election Manifesto", dem Wahlprogramm der SWAPO, abzuleiten.

Die sorgfältige Analyse wird durch deutliche Stellungnahmen ergänzt. So schließt etwa der Abschnitt über die staatliche Planwirtschaft mit der Feststellung, daß "auch in der vorgeschlagenen Wirtschaftsverfassung ein Instrument zur Disziplinierung der multirassischen und multinationalen Gesellschaft sowie zur Formung einer sozialistischen Staatsnation gesehen" werden müsse (S. 44). Im ganzen gibt das Gutachten einen informativen Überblick über die Verfassungsvorstellungen der SWAPO.

Hervorzuheben ist, daß das im Oktober 1989 erschienene Werk bereits Material aus dem Sommer 1989 verwertet.

Robert Uerpmann

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1990-3-361, am 12.10.2024, 05:22:34
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb